RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALES, TRANSFORMATION UND DIGITALISIERUNG

Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Medien
Herrn Alexander Fuhr, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/7559
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@mastd.rlp.de
www.mastd.rlp.de

11. Juni 2025

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
PuK		Dagmar Rhein-Schwabenbauer Dagmar.Rhein@mastd.rlp.de	06131 16-2415

35. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Medien am 6. Juni 2025
hier: TOP 6
Fortschritte der Verwaltungsdigitalisierung in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Vorlage 18/7223

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Fuhr,

der oben genannte Tagesordnungspunkt wurde in der 35. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Medien am 6. Juni 2025 mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt.

Ich berichte daher wie folgt:

Die Verwaltungsdigitalisierung in Rheinland-Pfalz kommt voran. Das zeigt sich auch daran, dass unsere Bemühungen im Kontext der OZG-Umsetzung auch bundesweit wahrgenommen werden. So wurde Rheinland-Pfalz kürzlich mit dem govdigital-Sonderpreis in Berlinausgezeichnet. Gewürdigt wurde dabei die erfolgreiche Nutzung des digitalen Marktplatzes für EfA-Leistungen, der es den Kommunen ermöglicht, Online-Dienste rechtssicher nach zu nutzen. Wir haben somit die Grundlagen für eine rechtssichere Nachnutzung von bundesweiten Online-Services nach dem Prinzip ‚Einer für Alle‘ geschaffen.

Der Vertragsabschluss zur Übertragung der Nutzungsrechte an den EfA-Diensten erfolgt natürlich auch digitalisiert. Die Subnachnutzungsverträge werden nicht analog - also auf Papier - unterschrieben, vielmehr werden die Vereinbarungen zur Nutzung der EfA-Dienste digital über den Marktplatz für Leistungen „gezeichnet“. Viele andere Bundesländer haben sich bereits zu unserem Verfahren (unter anderem Niedersachsen) erkundigt, denn die Herausforderung betrifft alle Flächenbundesländer gleichermaßen.

Geehrt wurden nun die Landeshauptstadt Mainz und der Landkreis Alzey-Worms für die meisten abgeschlossenen Nachnutzungsverträge, in der Tat sind es jeweils zehn. Die dritte Pilotkommune, die Verbandsgemeinde Asbach, konnte zwei Nachnutzungsverträge abschließen. Somit haben aktuell 136 kommunale Gebietskörperschaften zusammen rund 243 Subnachnutzungsverträge abgeschlossen.

Zu den bisher erzielten Fortschritten zur Verwaltungsdigitalisierung kann die Landesregierung wie folgt berichten:

Das OZG umfasst insgesamt rund 575 OZG-Leistungen. Darunter sind nach aktuellem Stand 2.989 Verwaltungsleistungen (ohne Leistungsobjekte) identifiziert, die sich im Landes- oder Kommunalvollzug in Rheinland-Pfalz befinden. Insgesamt 29 Prozent der Verwaltungsleistungen (855) sind bereits in Rheinland-Pfalz umgesetzt und digital verfügbar, weitere 36 Prozent der Verwaltungsleistungen (1.078) befinden sich in der Initialisierungs- und Umsetzungsphase.

Das im Jahr 2024 etablierte EfA-Rollout-Programm hat die gezielte Nachnutzung und Integration von EfA-Onlinediensten deutlich vorangetrieben:

- Die am häufigsten nachgefragten Verwaltungsleistungen (sogenannte Fokusleistungen) sind insgesamt zu 44 Prozent angebunden.
- Sieben Fokusleistungen (Bürgergeld, Handwerksgründung, KFZ-An- und Ummeldung, Öffentliche Vergabe, Ummeldung, Unterhaltszuschuss sowie Wohngeld) sind bereits flächendeckend (mindestens 90 Prozent der anzubindenden Vollzugsstellen) ausgerollt.
- Weitere drei Fokusleistungen sind an der Hälfte der anzubindenden Vollzugsbehörden digital nutzbar (Eheschließung, Einbürgerung und Elterngeld).

Insgesamt konnten insgesamt im Rollout-Programm 542 Anbindungen an EfA-Onlinediensten realisiert werden, allein in diesem Jahr wurden bis jetzt 87 Anbindungspunkte von EfA-Diensten zu den rheinland-pfälzischen Behörden, überwiegend kommunale Vollzugsstellen, realisiert.

Die weitere Programmplanung im Rollout-Programm sieht für das nächste Halbjahr 2025 die Bereitstellung und Anbindung der folgenden EfA-Leistungen vor:

Fokusleistungen:

- Anlagengenehmigung und -zulassung (MKUEM, Neues Umsetzungsprojekt),
- Bauvorbescheid und Baugenehmigung (FM, bereits in Umsetzung),
- Elterngeld (MFFKI, bereits in Umsetzung),
- Führerschein (MWVLW, bereits in Umsetzung),
- Personalausweis (MdI, Neues Umsetzungsprojekt),
- Unternehmensanmeldung und -genehmigung mit rund 60 Onlinediensten im unternehmensbezogenen Sektor (Neues Umsetzungsprojekt).

Leistungen im föderalen Interesse:

- Aktivierung und berufliche Eingliederung (MASTD, bereits im Umsetzung),
- Sozialleistungen (Blindenhilfe, Hilfe zur Pflege, Weiterführung des Haushalts, Bestattungskosten, Eingliederungshilfe - MASTD, bereits im Umsetzung),
- Fahrtenschreiber (MASTD, bereits im Umsetzung),
- Negativbescheinigung (MFFKI, neues Umsetzungsprojekt),
- Vater- und Mutterschaftsanerkennung, Sorgeerklärung (MFFKI, neues Umsetzungsprojekt),
- Jagdschein Digital (MKUEM, bereits in Umsetzung),
- Veterinärleistungen (inkl. ASP-Modul - MKUEM, bereits in Umsetzung),
- Erdaufschluss Digital (MKUEM, bereits in Umsetzung).

Das Rollout-Programm im LDI hat zusätzliche Strukturen und Arbeitsweisen in der kommunalen Zusammenarbeit ausgebaut, die über den reinen Roll-Out hinausgehen.

Ein Beispiel ist eine einheitliche Kommunikationsplattform, die Wissen-für-Alle-Plattform („WifA“). Es wurden somit Netzwerke geschaffen, die einen Austausch der kommunalen Vollzugsstellen untereinander ermöglichen und damit das gegenseitige Lernen fördern.

Zudem ist es zu einer merklichen Verbesserung der Verbindung zwischen Landes- und Kommunalebene gekommen, die unter anderem auch durch einen stetigen Austausch mit den Kommunalen Spitzenverbänden weiter gefestigt wird.

Als weiteres Vorhaben wird derzeit der Aufbau einer Fertigungsstrecke 3.0 (als Weiterentwicklung der bestehenden Fertigungsstrecke) vorbereitet, die im zweiten Halbjahr starten soll. Durch die Ausweitung der Fertigungsstrecke soll die Entwicklung von Onlinediensten auf Grundlage technischer Standards und Vorlagen mittels eines „Baukastens“ ermöglicht, womit die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen, auch im kommunalen Leistungsvollzug, beschleunigt werden.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass sich die Verwaltungsdigitalisierung in einem äußerst volatilen Umfeld bewegt und stets Anpassungen vorzunehmen sind, die beispielsweise durch die technische Ende-zu-Ende Anbindung der EfA-Online-Dienste an eine äußerst heterogene kommunale Fachverfahrenslandschaft begründet ist. Um die Hürden zu meistern, entwickeln wir kontinuierlich entsprechende Lösungsansätze und stimmen diese mit den Kommunen sowie weiteren Beteiligten ab.

Die mit der Verwaltungsdigitalisierung umfasste Modernisierung des Staates stellt eine dauerhafte Gemeinschaftsaufgabe dar, zu der das Land auch zukünftig seinen Beitrag leisten wird.

Mit freundlichen Grüßen

Dörte Schall